



## Rahmenvereinbarung über die Lieferung von Schutzverpackungen für die Staatsbibliothek zu Berlin

hier Los xx

*Hinweis: Wird bei Zuschlagserteilung auf das entsprechende Los angepasst*

Die

Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK),

gemeinschaftlich vertreten durch die Präsidentin,

Prof. Dr. Marion Ackermann

und Prof. Achim Bonte als weiteres Mitglied des Vorstandes

diese wiederum vertreten durch den Leiter der Zentralen Vergabestelle,

Herrn Jan Buchholz,

Von-der-Heydt-Straße 16-18

10785 Berlin

- im Folgenden Auftraggeberin -

und

Unternehmensbezeichnung / Name des Vertragspartners

Straße Nummer

PLZ Ort

- im Folgenden Auftragnehmer<sup>1</sup> -

schließen folgende Rahmenvereinbarung:

### § 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand des Vertrages ist die Erbringung der in der Leistungsbeschreibung und dem Leistungsverzeichnis beschriebenen Leistungen durch den Auftragnehmer für die Auftraggeberin.

---

<sup>1</sup> Im folgenden Text wird zugunsten der Lesbarkeit die männliche Form verwendet.



- (2) Aus dieser Rahmenvereinbarung können Leistungen je Los bis zu dem jeweiligen Höchstwert sowie etwaiger nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung zulässiger Erhöhungen abgerufen werden. Die Höchstwerte der einzelnen Lose ergeben sich aus der Übersichtstabelle in der Leistungsbeschreibung (Ziffer 2). Ein Anspruch des Auftragnehmers auf den Abruf bestimmter Leistungen oder bestimmter Mengen besteht nicht.
- (3) Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Fassung und die Zusätzlichen Vertragsbedingungen im Sinne von § 1 VOL/B (ZVB) der SPK in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Fassung sind Vertragsbestandteil.
- (4) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrages.

## **§ 2 Vertragslaufzeit und Einzelabrufe**

- (1) Aus dieser Rahmenvereinbarungen können Leistungen im Zeitraum vom 01.07.2026 bis zum 30.06.2029 abgerufen werden.
- (2) Die Rahmenvereinbarung kann von der Auftraggeberin höchstens einmal um jeweils 12 Monate verlängert werden. Macht die Auftraggeberin von einer Verlängerungsoption Gebrauch, teilt sie dies dem Auftragnehmer spätestens 3 Monate vor Ablauf der jeweiligen Laufzeit in Textform mit. Für den Fall der Ausschöpfung aller Verlängerungsoptionen können Leistungen spätestens am 30.06.2030 abgerufen werden.
- (3) Die Auftraggeberin hat das Recht, diesen Vertrag innerhalb der ersten sechs Monate nach Vertragsabschluss ohne Angabe eines Grundes und ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen.
- (4) Der Abruf der Einzelaufträge erfolgt in Textform durch die Auftraggeberin unter Benennung der Menge und der Leistungsfrist.
- (5) Der Auftragnehmer bestätigt der Auftraggeberin unverzüglich in Textform den Eingang eines Einzelauftrages. Die Einzelabrufe bedürfen zu ihrer Wirksamkeit nicht der Bestätigung des Auftragnehmers.
- (6) Der Auftragnehmer teilt nach Eingang eines Einzelauftrages unverzüglich in Textform mit, wenn er die im Leistungsabruf benannte Leistungsfrist nicht einhalten kann und benennt die ihm mögliche Leistungsfrist.

## **§ 3 Unteraufträge**

Die Übertragung der Leistung oder einer Teilleistung auf einen Unterauftragnehmer und jede diesbezügliche Änderung bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin.



## **§ 4 Vergütung**

- (1) Die vereinbarten Preise und Preissteigerungen im Preisblatt sind für die Dauer der Laufzeit der Rahmenvereinbarung inklusive möglicher Verlängerungsoptionen verbindlich. Rechnungen können nach vollständiger Erbringung des jeweiligen Einzelauftrages gestellt werden.
- (2) Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche im Rahmen der Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistungen anfallenden Kosten wie insbesondere Reise-, Transport- und Materialkosten, Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit, Gebühren für Genehmigungen und Nutzungsrechte abgegolten. Der Auftragnehmer bleibt bis zum Ende der Vertragslaufzeit an seine Preise gebunden.
- (3) Die Vergütung wird nach Abnahme und 30 Tage nach Eingang einer prüffähigen Rechnung fällig. Rechnungen, die nicht bis zum 15.11. eines Jahres prüffähig bei der Auftraggeberin eingehen, können aus haushalterischen Gründen erst ab dem 15.01. des Folgejahres beglichen werden und werden daher auch frühestens zum 15.01. des Folgejahres fällig.
- (4) Rechnungen sind in digitaler Form einzureichen.
- (5) In jeder Rechnung sind die abgerechneten Leistungen losweise auszuweisen. Zudem ist je Los die bis zum jeweiligen Rechnungszeitpunkt auf Grundlage dieser Rahmenvereinbarung insgesamt in Rechnung gestellte Gesamtsumme anzugeben.
- (6) Fallen bei der Überweisung des Rechnungsbetrages Kosten an (z.B. bei einer Auslandsüberweisung), sind diese vom Zahlungsempfänger zu tragen.
- (7) Soweit gesetzlich nicht anders geregelt, insbesondere in § 13b Umsatzsteuergesetz und § 50a Einkommensteuergesetz, ist der Auftragnehmer für die Versteuerung der Vergütung und etwaige Abgaben zur Sozialversicherung selbst verantwortlich. Es wird darauf hingewiesen, dass für die Auftraggeberin eine Meldepflicht über geleistete Vergütungen gegenüber den zuständigen Finanzbehörden besteht.

## **§ 5 Persönliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Auftragnehmers**

- (1) Handelt es sich bei dem Auftragnehmer um eine natürliche Person, wird durch diesen Vertrag kein persönliches oder wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis zur Auftraggeberin begründet. Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und andere arbeitsrechtliche Bestimmungen finden auf diesen Vertrag keine Anwendung.
- (2) Handelt es sich bei dem Auftragnehmer um eine juristische Person, wird durch diesen Vertrag kein persönliches oder wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis der Gesellschafter oder Mitarbeitenden des Auftragnehmers zur Auftraggeberin begründet.

## **§ 6 Vertraulichkeit**

- (1) Der Auftragnehmer behandelt die ihm überlassenen, zugänglich gewordenen oder von ihm im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses erstellten und nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Unterlagen, Daten oder sonstigen Informationen vertraulich. Er darf sie Dritten nur mit vorheriger Zustimmung der Auftraggeberin zugänglich machen oder soweit es die



Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten erfordert. Der Auftragnehmer hat diese Dritten in gleicher Art und Weise und im gleichen Umfang zur Vertraulichkeit zu verpflichten.

- (2) Der Auftragnehmer bewahrt Stillschweigen über alle internen Verhältnisse der Auftraggeberin sowie ihrer Mitarbeitenden, soweit diese nicht der Öffentlichkeit bereits bekannt sind. Hiervon erfasst sind insbesondere Informationen über nicht der Öffentlichkeit zugängliche Örtlichkeiten, von denen weder Foto- noch sonstige Aufnahmen gefertigt werden dürfen.
- (3) Diese Schweigepflichten bestehen nach der Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.

## **§ 7 Haftungsausschluss**

- (1) Die Auftraggeberin haftet, außer bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten und von Leben, Körper oder Gesundheit, nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf. Die Haftung wird in Bezug auf die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten auf die bei Vertragsschluss vorhersehbaren und vertragstypischen Schäden begrenzt.
- (2) Der Auftragnehmer stellt die Auftraggeberin von Ansprüchen Dritter aus etwaigen von ihm oder seinen Erfüllungsgehilfen verursachten Pflichtverletzungen frei und trägt die Kosten, die der Auftraggeberin in diesem Zusammenhang entstehen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, in Verträgen, die er zur Durchführung dieses Vertrages mit Dritten schließt, entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

## **§ 8 Haftpflichtversicherung**

Der Auftragnehmer muss zur Sicherung etwaiger gesetzlicher oder vertraglicher Ersatzansprüche aus diesem Vertrag auf eigene Kosten eine (Berufs-/Betriebs-/sonstige) Haftpflichtversicherung während der gesamten Vertragslaufzeit unterhalten und nachweisen. Die Deckungssumme der Versicherung muss sich in Bezug auf Personenschäden auf mindestens 1.500.000 Euro und in Bezug auf Sach- und Vermögensschäden auf mindestens 250.000 Euro belaufen.

## **§ 9 Schlussbestimmungen**

- (1) Sämtliche Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform gemäß § 126b Bürgerliches Gesetzbuch und müssen als solche ausdrücklich bezeichnet werden. Dies gilt auch für die Abbedingung des Textformerfordernisses.
- (2) Erfüllungsort für alle Verpflichtungen aus diesem Vertrag ist der Sitz der Auftraggeberin in Berlin. Als ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag wird Berlin vereinbart.



- (3) Auf diesen Vertrag findet deutsches Recht unter Ausschluss des Internationalen Privatrechts und des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (UN-Kaufrecht) Anwendung.

ENTWURF